

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 105 (2008)
Heft: 1

Artikel: Vertrauen oder Vertrauensverlust?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840238>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DEBATTE UM DIE SOZIALHILFE

Vertrauen oder Vertrauensverlust?



Walter Schmid,
Präsident der SKOS

Der Vertrauensverlust in die Sozialhilfe ist seit einiger Zeit zum öffentlichen Thema geworden. Ausgelöst wurde er durch krasse Missbrauchsfälle, die Schlagzeilen machten und das Blut in Wallungen brachte. Als Präsi-

dent der SKOS musste ich mich im vergangenen Jahr viel öfter zu Missbrauchsfragen äussern als beispielsweise zum Thema Armut. Auch grundsätzliche Kritik an der Sozialhilfe

wurde laut: Die Sozialhilfe sei eine Armutsfalle, weil sich Arbeit nicht lohne. Die SKOS-Richtlinien seien zu hoch, viele Betroffene würden ein bequemes Leben in der Hängematte der Plackerei in der Arbeitswelt vorziehen. Vor allem Ausländer seien es, die von unserer sozialen Sicherheit profitierten. Und die SKOS verweigere sich dem Dialog. Kurzum: Die Sozialhilfe wurde hart attackiert.

Auf der anderen Seite war zu hören: Die Sozialhilfe geniesse Vertrauen. Man wisse von links bis rechts, dass sie eine wichtige Aufgabe erfülle. Sie sei bürgernah und breit abgestützt.



Dafür sorgten tausende von Mitgliedern der Sozialbehörden, die nahe an den Problemen seien und alle politischen Parteien vertreten würden. Und in der Tat: Gerade im letzten Jahr ist es gelungen, in einzelnen Kantonen mit breiten Mehrheiten neue Sozialhilfegesetze zu erlassen, ohne dass es zu Referenden gekommen wäre. Mit ihren Studien zur Anreizthematik hat auch die SKOS viel zur Transparenz beigetragen. Sie habe ihre Hausaufgaben gemacht, war zu hören.

Wir sollten in der kommenden Zeit bewusst an der Stärkung des Vertrauens in die Sozialhilfe arbeiten. Diese Aufgabe kann nicht nur von einem Verband wie der SKOS oder von Politikerinnen und Politikern bewältigt werden. Alle, die in Behörden und Sozialdiensten mitarbeiten und in der Verantwortung stehen, sind gefordert. Dabei sollte nicht nur von Schwierigkeiten die Rede sein, sondern auch von den Leistungen, welche die Sozialhilfe erbringt.

Die Sozialhilfe braucht doppeltes Vertrauen: jenes der Bürgerinnen und Bürger, die Steuern bezahlen, und jenes der Menschen in prekären Lebenslagen, die Anspruch auf Hilfe haben. Deshalb sollten wir Mängel und Missbräuche nicht verschweigen, uns aber auch deutlich gegen die Demontage der Sozialhilfe und Diskreditierung des Sozialstaates wehren. ■

IHRE MEINUNG

DIE VERTRAUENSFRAGE

Entzieht die Bevölkerung der Sozialhilfe das Vertrauen oder gibt es ein Grundvertrauen, eine Akzeptanz, auf welche die Sozialhilfe bauen kann? Wie erleben Sie das in Ihrer Gemeinde? Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen zu diesem Thema interessieren uns.

Diskutieren Sie mit auf dem Blog der SKOS:
<http://blog.skos.ch>

NACHRICHTEN

FOLGESTUDIEN FÜR KANTONE

Die von der SKOS durchgeführte Studie «Sozialhilfe, Steuern und Einkommen in der Schweiz», welche die Wirkung der Sozialhilfe auf die frei verfügbaren Einkommen in den 26 Kantonshauptorten untersucht hat, stösst bei verschiedenen Kantonen auf vertieftes Interesse: Die Kantone Genf und Waadt haben die SKOS beauftragt, die kantonspezifische Situation genauer zu untersuchen und Optimierungsvorschläge der aktuellen Situation zu simulieren. In Genf standen dabei die Analyse der Entstehung von Schwelleneffekten im Zentrum sowie Simulationen für deren Eliminierung. Im Kanton Waadt wurden die Daten per 1.1.2008 aktualisiert und spezifische Simulationen im Hinblick auf eine geplante Änderung der individuellen Prämienverbilligung durchgeführt. Beide Mandate wurden zusammen mit Interface Politikstudien realisiert. Die SKOS stellt ihr Know-how in diesem Bereich gerne auch weiteren interessierten Kantonen zur Verfügung.

Infos: Caroline Knupfer, knupfer@skos.ch

BUNDESGERICHT: ZWEI NEUE URTEILE

Gleich zweimal hat sich das Bundesgericht zu Fragen geäussert, welche die Sozialhilfe tangieren. Im ersten Fall billigt das Gericht einem pflegebedürftigen Rentner Unterstützung zu, obwohl dieser Jahre zuvor sein Vermögen den Kindern vererbt hatte. Im zweiten Fall stellt das Gericht klar, dass eine gesetzliche Pflicht zur Verwandtenunterstützung erst ab einem monatlichen Einkommen von 10 000 Franken zum Tragen kommt. Dieses Urteil ist für die SKOS wichtig. Es wird in die Überlegungen zur Überarbeitung des Kapitels zur Verwandtenunterstützung in den SKOS-Richtlinien einfließen.

ARBEITSINTEGRATION LOHNT SICH

Programme zur Arbeitsintegration von Sozialhilfebeziehenden lohnen sich für die Stadt Winterthur – und zwar nicht nur aus gesellschaftspolitischer Sicht, sondern auch finanziell. Dies zeigt eine Untersuchung, welche die Stadt in Auftrag gegeben hatte. Für jeden Franken, den die Stadt Winterthur in Arbeitsintegrationsprojekte investiert, fließen innerhalb von drei Jahren Fr. 1.60 bis 2.10 zurück in ihren Staatshaushalt. Beim Schwellenprojekt «Passage», das die Arbeitsmarktfähigkeit vor dem Bezug von Sozialhilfe abklärt und trainiert, sind es gar rund vier Franken, die auf einen investierten Franken eingespart werden.